

**DEPARTEMENT  
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**  
Vorsteher

23. November 2023

**Grusswort von Regierungsrat Dieter Egli, Demokratiekonferenz vom 23. November 2023 in Reutlingen**

---

*((Es gilt das gesprochene Wort))*

Sehr geehrte Frau Staatsrätin, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Legislativen und Exekutiven in Deutschland und der Schweiz, geschätzte Referentinnen und Referenten, liebe Gäste

Ich freue mich ausserordentlich, Sie meinerseits zur Demokratiekonferenz begrüessen zu dürfen – auch im Namen des Aargauer Regierungsrats. Vielen Dank für die Einladung nach Reutlingen.

Ich habe schon an einigen Demokratiekonferenzen in verschiedenen Funktionen gerne und mit Interesse teilgenommen. Weil ich überzeugt bin: Wir brauchen solche Anlässe, an denen wir uns austauschen – zwischen verschiedenen Staatswesen und Ebenen, zwischen der Wissenschaft und der Politik. Wir brauchen sie insbesondere in Zeiten wie diesen, die von Kriegen und Krisen erschüttert werden, die wir uns nicht vorstellen konnten oder nicht mehr vorstellen wollten, und die unsere Gesellschaft und eben unsere Demokratie bedrohen.

Vor diesem Hintergrund ist das Thema der Konferenz hochaktuell und brisant: Ich bin immer wieder neu überrascht, mit welcher Dynamik sich die sozialen Medien entwickeln, und welchen wichtigen und oft intransparenten Einfluss die grossen Social-Media-Plattformen auf unsere politischen Prozesse und auf unser Zusammenleben haben. Einen Umgang mit diesem Phänomen können wir nur gemeinsam finden – darum sind wir, darum sind Sie alle hier, und ich danke Ihnen, dass Sie sich die Zeit dafür nehmen.

Der Begriff der "Alternative Facts" ging erstmals im Januar 2017 wie ein Lauffeuer um die Welt, man wunderte sich, spottete und war vor allem empört, dass der Präsident der USA es wagt, öffentlich Unwahrheiten als alternative Fakten zu präsentieren. Das war bis dahin undenkbar.

Aber dann ging es so weiter.

Und heute fragt man sich gar nicht mehr, was alternative Fakten sind. Heute hat man zur Kenntnis genommen und akzeptiert, dass sich Fake News bis zu 100-mal schneller verbreiten als "normale" News – weil sie halt meist so viel spektakulärer sind und so viel emotionaler.

Wir stellen die Medien als vierte Macht dar, wir setzen sie als eine der Säulen der Demokratie voraus. Gehören die sozialen Medien auch zur vierten Macht – die sich wahrhafter Berichterstattung verpflichtet? Und was, wenn sie dies offensichtlich nicht tut – oder wenn diejenigen, die es tun, als differenzierte Stimmen im lauten Geschrei von Fake News untergehen? Wenn Medienkonsum nur noch heisst, sich den individuellen Kanal auszusuchen, der die eigene Meinung spiegelt und stärkt?

Könnte man – oder müsste man – dann nicht eigentlich feststellen, dass DIE Medien tot sind?

Tatsächlich war der Januar 2017 in Washington auch der Startpunkt für das Misstrauen gegenüber den Medien in einer nie gekannten Stärke und Systematik. Und seit diesem Startpunkt hat sich dieses Misstrauen – um einen zynischen Vergleich zu benutzen – pandemisch verbreitet.

Und auch Wissenschaft, Behörden und Staat müssen sich immer mehr erklären. Sie sind keine "Institutionen" mehr im früheren Sinn – nämlich, dass man ihnen in erster Linie einmal zutraut, ihren Auftrag professionell wahrzunehmen und der Wahrheit verpflichtet zu sein. Sie werden vielmehr ebenfalls grundsätzlich in Frage gestellt und generell verdächtigt.

Sie alle kennen diese Verschwörungstheorien. Und Sie alle kennen aus Ihrem Umfeld auch die Geschichten von Freundschaften, die daran zerbrochen sind, oder von Menschen, von denen man sich entfremdet hat, weil man bei Gesprächen über Corona oder über Impfen oder über beides keinen gemeinsamen Nenner mehr fand.

Und allerspätestens seit dem Angriff auf die Ukraine müssen wir feststellen, dass Fake News systematisch Konflikte begleiten. Es geht um einen Krieg um Informationen und Emotionen. Es geht darum, mit immer schrecklicheren Bildern vom Kriegsgeschehen maximal zu berühren und Verunsicherung zu streuen. Und die "klassischen" Medien, die Fakten prüfen und in den Kontext einbetten sollten, sind den sozialen immer ein paar Schritte hinterher.

Das gilt auch für politische Diskussionen: Wir merken, dass Desinformation teilweise professionell und systematisch betrieben wird. Dass Sie übelste Vorurteile und Zerrbilder anspricht, wie das Wiederaufflammen des Antisemitismus zeigt, in der Schweiz genauso wie in Deutschland.

Es geht letztlich darum, uns zu spalten und unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Und zwar nicht mehr nur mit einzelnen Fake News, sondern mit ganzen politischen Narrativen, mit Geschichten, die uns in einem komplexen Umfeld vielleicht so etwas wie Orientierung zu geben scheinen – in Wahrheit aber das Gegenteil bewirken.

Wie können wir damit umgehen? Als Staat, als Institutionen, als Zivilgesellschaft?

Einen Ansatz haben Sie, Frau Staatsrätin, natürlich in Ihren einführenden Worten schon erläutert: Die Menschen müssen beteiligt sein am Staat, und sie müssen sich beteiligt fühlen.

Es ist unverzichtbar, dass wir Beteiligungsprozesse entwickeln und fördern. Wir müssen jenen Menschen, die sich in ihrer "Bubble" von der Gesellschaft abschotten, wieder begreiflich machen, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind. Dass es anders gar nicht geht. Dass der Staat nicht irgendetwas Abstraktes ist, sondern dass sie mitreden können und auch mitreden müssen. Dass sie, die Bürgerinnen und Bürger, letztlich den Staat ausmachen. Dass sich konkret nur etwas ändert, wenn sie sich gegenüber den Behörden und der Verwaltung auch äussern, wenn sie sich beteiligen und beteiligen lassen.

Dabei geht es nicht nur um einzelne Prozesse oder Anlässe. Es geht darum, dass Beteiligung als etwas Selbstverständliches wahrgenommen wird. Es geht um eine Beteiligungskultur. Diese Kultur, die ja letztlich die Grundidee der Demokratiekonferenzen ist, müssen wir fördern und konsequent leben.

Und zwar offline genauso wie online.

Wir müssen – natürlich – auch vermehrt auf den digitalen Kanälen präsent sein – auch wenn das uns älteren «Digital Immigrants» oft noch als «Nice to have» und als oberflächlich erscheinen mag. Denn für die "Digital Natives" sind die sozialen Plattformen zentral: Sie bestimmen ihren Newskonsum und damit letztlich ihre Weltsicht. Dort müssen wir auch spürbar werden als Gegenüber.

Ob offline oder online: Wir müssen Wege finden, wie wir UNSER wichtigstes Narrativ, nämlich dasjenige der freien, demokratischen Gesellschaft mit unverhandelbaren Grundrechten, gut und vielseitig erzählen können.

Dieses Ziel soll uns führen in den Diskussionen dieser beiden Tage.

Und dass wir im Hinblick auf dieses Ziel nicht nur Respekt haben müssen vor den sozialen Medien, sondern sie – auch wenn es etwas abgegriffen klingt – als Chance nutzen können, bekräftigt uns die Geschichte:

Immer, wenn ein neues Medium – Film, Radio, Fernsehen oder Internet – aufkam, war das mit Ängsten verbunden. Und immer wurden auch die Vorgängermedien und die damit verbundenen Werte erst einmal für tot erklärt – bevor dann ein Umgang gefunden wurde und diese Medien in unseren Alltag integriert wurden.

Vor diesem Hintergrund ist es sicher spannend, dass an dieser Konferenz ja auch Digital Natives eingeladen sind – in den Workshop mit Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, der morgen stattfindet.

Jugendliche wissen nicht besser, wie man sich gegen Fake News schützt. Diese Erwartung wäre zu simpel. Aber sie haben wohl eine gelasseneren, angstfreieren und kreativeren Art, mit sozialen Medien umzugehen. Ich bin gespannt auf die Erkenntnisse. Und: Ich vertraue darauf!

Legen wir also los. Lassen wir uns von den Fachreferaten und Workshops inspirieren. Und pflegen wir den Austausch – wie immer über die Staatsgrenze hinweg – darüber, was wir tun und wie wir es tun. Auch das fördert das Vertrauen, und das ist das Wichtigste – offline und online.

Ich wünsche uns allen eine anregende Demokratiekonferenz – und danke noch einmal allen, die sie mit ihrem Beitrag ermöglichen und beleben.

Vielen Dank!